

Wir sind da, um Rechte und Freiheiten zu retten!

Es ist soweit. . .

Nach monatelanger Arbeit (genaue Daten lassen sich aufgrund schlechter Microsoft-proprietärer Software leider nicht mehr feststellen) veröffentlicht die Zeitung zur Erhaltung der Rechte des Menschen den ersten Artikel, der eigentlich nur eine inhaltliche Ausrichtung darstellt.

Beginnen wir einmal mit dem Grund, aus dem wir hier sind: Wir werden gebraucht. Wir werden gebraucht, in einer Welt, in der Julian Assange festgenommen wurde. Wir werden gebraucht, in einem Land, in dem man für Anonymität im Internet unter Generalverdacht steht und antidemokratische Parteien mehr als 40% der Stimmen erreichen. Und wir werden gebraucht, wenn Schulen ernsthaft über eine Überwachung aller Schülerinnen und Schüler nachdenken.

Versuchen wir aber mal, unseren Standpunkt nach den klassischen Kategorien – Wirtschaft, Gesellschaft und Staat – zu beurteilen. Über Wirtschaftsfragen verlieren wir hier nicht viele Worte, allerdings sind die meisten von uns der Meinung, der Kapitalismus müsse zumindest klar reguliert werden. Kulturell äußern wir uns hier noch weniger, wir denken aber ziemlich progressiv. Zum Staat stehen wir allerdings ganz klar, insofern es ihn braucht, für eine Demokratie.

Wir stellen uns in unseren Artikeln klar gegen jeden Antidemokraten und alle politischen Strömungen und Ideologien, die die Rechte und Freiheiten des Menschen beschränken wollen, da diese für uns über den meisten anderen politischen Zielen stehen.

Wir stellen uns gegen den totalitären Kommunismus. Wir stellen uns gegen den Nationalismus, vor allem wenn er sich Nationalsozialismus nennt. Wir stellen uns zumeist gegen den Konservatismus. Wir sympathisieren zwar in großen Teilen mit den sozialistischen Grundsätzen, stellen uns aber gegen den antidemokratischen Realsozialismus. Wir handeln zwar nach liberalen Grundsätzen, stellen uns aber gegen den Wirtschaftsliberalismus der rechten Parteien dieser Welt.

Dies wird größtenteils in Form von kurzen politischen Statements geschehen, die sowohl hier in Textform, als auch in Videoform auf einem eigenen YouTube-Kanal, erscheinen werden.

Die einzige Frage, die sich der geneigte ZERM-Leser jetzt noch stellt, ist natürlich, wie man Artikel für sie einsenden kann. Es ist eigentlich sehr simpel: Die GitHub-Nutzenden unter Ihnen können die Artikel einfach mithilfe des zm-Tools schreiben und Pull-Requests stellen. Das hat den Vorteil, dass die Artikel schon im Drafts-Ordner liegen und leicht von der Redaktion veröffentlicht werden können. Ansonsten können Artikel natürlich auch per E-Mail eingesendet werden. Die Adresse der Redaktion lautet zerm@chrissx.de.

Dazu sollte noch angemerkt werden, dass durchaus auch inhaltlich oppositionelle Beiträge willkommen sind, auch wenn Artikel, die unseren Grundsätzen funda-

mental widersprechen, hier nur mit unserer Kritik veröffentlicht werden.

Das war es auch schon mit unserer ersten Publikation, an der ich jetzt auch schon wieder ein wenig geschrieben habe. Freuen Sie sich schon mal auf unsere nächsten Artikel.

von **Christian E. Häußler**

Die Genozide der sogenannten „Christdemokraten“

In den letzten Wochen kristallisierten sich die zwei Genozide, die die sogenannten Christdemokraten wohl in den nächsten Jahren zu begehen gedenken, immer mehr heraus.

Zuerst haben wir da natürlich hunderte Menschen, die täglich im Mittelmeer ertrinken. Aber wieso verschulden dies die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich-Soziale Union in Bayern? Beide setzen sich klar für Repressalien gegen die Retter der Ertrinkenden ein. Sich gegen die Rettung von Menschenleben einzusetzen, sehen wir als zutiefst unchristlich.

Und dann haben wir das Klimathema. Die sogenannten Christdemokraten sind nun mal tatsächlich dabei, sieben Milliarden Menschen durch einen rapiden Klimawandel umzubringen, indem sie jegliche Maßnahmen extrem verzögern. Sich gegen die Rettung von Menschen einzusetzen, sehen wir als zutiefst unchristlich.

Man kann also konkludieren, dass konservativer Kapitalismus auf längere Zeit zu großen Problemen führt, da beide Positionen am Konservativismus und den Wirtschaftsinteressen dieser Parteien liegen.

von **Christian E. Häußler**

Multidimensionale Politik

Vor ein paar Wochen erfuhr ich durch Jreg das erste Mal von der Idee der mehrdimensionalen Politik. Dieser unterteilte politische Ideologien nach deren ökonomischen, kulturellen und staatlichen Positionen. Unsere Idee von multidimensionaler Politik geht aber noch darüber hinaus.

Wir glauben, dass Politik in unendlicher Zeit auch unendlich viele Dimensionen bekommen wird, da es immer wieder neue politische Themen mit zwei gegensätzlichen Positionen gibt und wir jedes dieser Themen als eine neue Dimension ansehen.

Dies ermöglicht eine viel genauere Bestimmung von politischen Positionen. Möchte man nun aber eine genaue eindimensionale Position, kann man einfach den Durchschnitt aller Dimensionen berechnen.

Durch dieses System ist es auch möglich, links- und rechtsradikale Perspektiven zu vertreten, ohne direkt in der politischen Mitte zu stehen.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass Politik mehrdimensional betrachtet werden sollte, da dies die Einordnung politischer Ansichten zwischen Links und Rechts verbessert.

von **Christian E. Häußler**

Wann ist ein Staat unabhängig?

Gestern wurde der amerikanische Unabhängigkeitstag gefeiert. Dieser Artikel soll Ihnen zeigen, warum die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika bei Weitem nicht vorhanden ist.

Der Unabhängigkeitstag wird gefeiert, da am vierten Juli 1776 der Staat der Vereinigten Staaten von Amerika gegründet wurde, womit die Kolonialisierung durch europäische Länder beendet wurde und die USA unabhängig wurden.

Das Problem mit dieser Unabhängigkeit ist, dass die einzige Abhängigkeit, die berücksichtigt wird, die Kolonisation ist. Ein Land kann aber auf so viele verschiedene Arten von einem anderen abhängig sein.

Ein sehr gutes Beispiel für die wirtschaftliche Abhängigkeit der USA zeigte sich erst letztes beim G20-Gipfel in Osaka. Das US Justice Department hatte Huawei-Produkte aus der USA verbannt, da sie neben der NSA kein weiteres internationales Spionage-Imperium dulden wollen. Die Vereinigten Staaten sind allerdings von der Volksrepublik China wirtschaftlich abhängig, weshalb die Sanktionen auch abgebaut werden sollen, wofür China versprochen hat, eine Menge Agrarprodukte aus den Staaten zu kaufen.

Weitere Beispiele lassen sich an diversen Stellen in Politik überall auf der Welt finden.

Man kann also konkludieren, dass kein Staat dieser Welt wirklich unabhängig, sondern jeder wirtschaftlich von vielen anderen abhängig ist. Und dies wird sich im Kapitalismus auch nicht ändern.

von **Christian E. Häußler**

Die Werbung

Man kennt sie und man hasst sie: Die Werbung.

Doch wie werden wir von Werbung beeinflusst?

Da gibt es mehrere Methoden, wobei eine von ihnen das unterbewusste unterjubeln von emotionalen Adjektiven ist. Ein gutes Beispiel hierfür ist:

„Wie beurteilen Sie diese *traurige* Nachricht;“

oder

„Wie beurteilen sie diese *gute* Nachricht?“

Im Normalfall sind dies aber keine Fragen, sondern Aussagesätze, sodass es noch unauffälliger von Statten geht.

Die zweite Methode ist visuell, dafür aber umso stärker, da in Werbungen oft Komplementärfarben benutzt werden oder es eine stetig rotierende Farbpalette gibt, wodurch man den Fokus des Auges zu einem bestimmten Punkt lenken kann oder ein einprägsames Bild hinterlassen kann.

Die dritte Methode sind einprägsame Sprüche. Das beste Beispiel hierfür ist meiner Meinung nach die Seitenbacher-Werbung, da sie zeigt, wie gut man sich bestimmte Keywords aus einem Satz merken kann, wenn diese häufig wiederholt werden. Sie können jetzt ja auch mal nachdenken, welche Worte Sie aus der Seitenbacher-Radiowerbung mitgenommen haben. Es müssten nämlich

- Seitenbacher und
- der Name eines Produkts von Seitenbacher (Bergsteigermüsli) sein.

Die letzte Methode wäre es dann noch, außergewöhnliche Gegenstände oder Lebewesen zu benutzen, die besonders einprägsam sind. Man könnte dafür zum Beispiel Katzen verwenden, die Auto fahren, oder Pommes Frites zur Hand nehmen, die sich gegenseitig aufessen.

Man sollte also in Zukunft darauf achten, wie man von Werbung manipuliert wird und auch auf welche Art dies der Fall ist.

von **Ludwig K. Lehnert, Christian E. Häußler**

Der neue Überwachungsstaat England

In den letzten Wochen hat Mozilla sich klar dafür positioniert, Sicherheit und Privatsphäre im Internet zum Standard zu machen. Nun gibt es aber viele Überwachungsstaaten, die Mozilla jetzt für diese Entscheidung hassen.

Bei der Übermacht der Überwachungsregimes in den USA und China schlägt der Minderwertigkeitskomplex mal wieder zu. Die Engländer arbeiten neben dem Brexit auch noch seit Jahren an einem Überwachungssystem in Form der Government Communications Headquarters, kurz GCHQ.

Und Überwachungsinstitutionen hassen Verbesserungen von Sicherheit und Privatsphäre. Deswegen hat das Vorhaben Mozillas, DNS over HTTPS zu implementieren, wohl auch solche Anfeindungen von Seiten der Spionagedienste zur Folge.

Man kann also konkludieren, dass viele Überwachungsbehörden, vor allem die GCHQ, Mozilla hassen, da ihnen, unter anderem durch die Implementation von DoH, wohl viele Überwachungsmöglichkeiten entgehen werden.

von **Christian E. Häußler**

Die „Zeitung zur Erhaltung Rechter Menschen“

Wie fängt man bei sowas an...?

Der Zentralkapitalistenverband aus FDP- und CDU-Wählern hat sich gegen uns verschworen.

Nein, ein paar geistig zurückgebliebene Kleinkinder haben dumme Witze über unseren Namen gemacht.

Ok, bleiben wir realistisch: Ein paar nicht gerade intelligente Menschen haben den Namen der Zeitung zur Erhaltung der Rechte des Menschen wohl falsch verstanden, bzw. wollten ihn falsch verstehen, und aus ihr die Zeitung zur Erhaltung Rechter Menschen gemacht.

Dabei stellt man sich aber nun die Frage, wieso dies der Fall ist.

Diese Frage lässt sich auf zwei Arten beantworten: Wenn der Plan besagter Personen einfach war, einen Witz zu machen, haben sie sich einfach die nächst-beste, inhaltlich sehr kontroverse Idee genommen. Man kann den Namen allerdings wirklich falsch verstehen. Dies entsteht dadurch, dass wir statt dem Wort „Menschenrechte“ die Formulierung „Rechte des Menschen“ verwenden, was wir tun, da „Menschenrechte“ ein zu exklusiver Begriff ist und „ZERM“ ein viel besseres Akronym ist als „ZEM“.

Man kann also konkludieren, dass kreative und passende Akronyme schnell zu Verwirrung führen und Menschen zu Dummheit neigen können.

von **Christian E. Häußler**

Wir leben im Mittelalter

Das Mittelalter gilt allgemein als die dunkle Zeit zwischen dem alten Rom und der heutigen Zeit. Allerdings war die „heutige Zeit“ vor rund 150 Jahren.

Vor 150 Jahren schrieb Karl Marx „Das Kapital“, sozialdemokratische Parteien bildeten sich... ja, progressive, demokratische Strömungen blühten.

Doch dann beendeten die scheinsozialistischen Nationalisten Hitlers die Diversität und stürzten Deutschland in zwölf Jahre totalitären Terrors und eine Kriegsniederlage.

Hitlers Herrschaft war durchaus in vielen Aspekten sehr ähnlich zu den Herrschaften der Monarchen des Mittelalters, aber wir reden hier nicht nur von den Rechtspopulisten vor 88 Jahren, sondern auch von Rechtspopulisten vor 88 Tagen. Oder sogar noch aktueller: vor 8 Wochen.

Die Europawahl 2019 zeigte eine extreme deutschlandweite Polarisierung, wie wir sie bereits anfangs des 20. Jahrhunderts beobachten durften. Ein solcher Wandel der Gesellschaft ereignet sich leider meist vor der Machtergreifung totalitärer

Parteien, wie man sie zu dieser Zeit zum Beispiel in Deutschland und Russland beobachten konnte.

Während vor allem CDU und SPD bei dieser Wahl viele Stimmen verloren, gewonnen Parteien wie die Grünen und die AfD, noch stärker merkt man dies bei der Juniorwahl, wobei die Nazis von der AfD bei jungen Menschen zum Glück nicht allzu populär sind.

Nur könnte diese Polarisierung mal wieder nur der Vorbote eines totalitären Regimes sein, vor allem wenn eine Partei alleine regieren kann, was auch einer der Gründe ist, aus dem ich mich entschieden habe, die Grünen nicht zu wählen, auch wenn ich sie nicht für allzu antidemokratisch halte.

All das hat allerdings noch nicht viel mit dem in der Einleitung erwähnten Mittelalter zu tun.

Nun, dies ist der zweite historische Aspekt der aktuellen deutschen Politik: Der eiserne Konservatismus. Der eiserne Konservatismus, der den Klimawandel leugnet bzw. nichts gegen ihn tut. Der eiserne Konservatismus, der die Erdkugel für unmöglich und unchristlich hielt. Der eiserne Konservatismus, der jeglichen Fortschritt, in jeder politischen Dimension, immer ablehnen und aufhalten wird.

Im alten Rom dachte man meist progressiv, glaubte an Wissenschaft und eine Demokratie, im Mittelalter hielt man zu jedem Preis am Christentum und an der Monarchie fest.

Die ehemaligen Volksparteien befanden sich - vor allem in den letzten Jahren - zu oft im Mittelalter und zu selten in Rom.

von **Christian E. Häußler**

Die Endstufe des Kapitalismus - die Musikindustrie

Vor allem im Laufe der Urheberrechtsdebatte im EU-Parlament und der Schließung von convert2mp3.net bemerkte die Öffentlichkeit mal wieder den riesigen Kapitalismus in der Musikindustrie.

Ich beschwerte mich ja schon vor fast einem Monat auf Twitter über die unrechtmäßige Sperrung von convert2mp3.net.

Das deutsche Recht auf Privatkopie schützt die Vervielfältigung urheberrechtlich geschützten Materials zum privaten Gebrauch.

Nun kriminalisieren die Rechtsverdreher der Musikindustrie allerdings „Stream Ripper“ wie convert2mp3, da ihnen dadurch viele Einnahmen verloren gehen.

And now for something completely different: Im EU-Parlament wurde vor Kurzem die umstrittene Urheberrechtsreform beschlossen. Artikel 17 (ehemals

13) besagt, dass Plattformen nun anstelle der Privatpersonen für Urheberrechtsverstöße haften müssen.

Der Sinn dieses Artikels ist, dass die Musikkonzerne nun mit ihren Klagen zu Google gehen können, statt erst die Privatpersonen, die die Verstöße begangen haben, ermitteln zu müssen.

Dies vereinfacht es der Musikindustrie, noch mehr Geld mit der Musik der Künstler zu machen.

Viele der CDU-Politiker, die für diese Richtlinien gestimmt haben, wurden auch von den Musikkonzernen bezahlt und diese warben am Tag der Abstimmung auch nochmal massiv mit Postern und dem #yes2copyright.

Man kann also konkludieren, dass die Musikindustrie, nur um noch einfacher noch mehr Geld zu bekommen, Rechte des Menschen ignoriert und auch Politiker bezahlt, um Gesetze einzuführen, die ihnen dies möglich machen.

von **Christian E. Häußler**

Der Stand der Welt

Anlässlich der politischen Lage - vor Allem innerhalb des letzten Jahres - hielt ich heute eine Rede auf dem permtv-Kanal. Hier finden Sie diese Rede noch in Textform.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe ZERM-Lesende,

Die Politik auf der ganzen Welt befindet sich dauerhaft im Ausnahmezustand.

Nur aktuell befindet sich dieser Ausnahmezustand im Ausnahmezustand.

Seit nun rund 70 Jahren ist die Welt, dank den Vereinigten Staaten und Russlands, andauernd kurz davor, zu explodieren, das reicht aber noch nicht.

Konservative schränken die Rechte des Menschen immer weiter ein, aber das ist weder was neues, noch reicht es.

Eine massive effektive Zensur wird im EU-Parlament gegen jede Demokratie durchgesetzt und ruiniert damit Unternehmen jeglicher Größe, doch das reicht auch noch nicht.

Trumps Lügenkampagnen und Wahlbeeinflussungen gehen weiter, doch das reicht noch nicht!

Die Gradzahl steigt, doch noch nicht heiß genug, zumindest nicht für die erzkonservativen unchristlichen Antidemokraten, Alternativlosen gegen Deutschland und Nur-Für-Kapitalisten-Freien Antidemokraten.

Die Welt verbrennt in zehn Jahren, aber den Kapitalismus interessiert es nicht!
Die Politik auf der ganzen Welt sollte in einem Ausnahmezustand historischen Ausmaßes sein, ist es aber nicht. Die Welt steht weiter am Abgrund denn je und es interessiert keinen.

Ich appelliere an Politiker aller Länder: Treffen Sie sofortige Klimaschutzmaßnahmen, so hart wie möglich, und meiden Sie weitere Kriege!

Ich appelliere an alle amerikanischen Bürgerinnen und Bürger: Wählen Sie keine antidemokratischen Lügenbarone mit einem Hang zum Nationalismus mehr!

Und ich appelliere an alle Schülerinnen und Schüler, die seit Monaten auf die Straßen gehen: Macht weiter, formuliert eine klare Liste mit Forderungen und zwingt die Politiker, sie einzuhalten!

Danke

von **Christian E. Häußler**

Das Problem des Feminismus

Gestern hielt ich für den permtv-Kanal eine Rede über Feminismus, Social Justice Warrior und vor allem TERFs und SWERFs, hier finden Sie noch die Textfassung der Rede.

Sehr verehrte Damen und Herren,

Liebe Leserinnen und Leser,

Es hat tatsächlich über einen Monat und zehn ZERM-Artikel, bzw. elf, wenn man Ludwigs Artikel, bei dem ich nur Koautor war, mitzählt, gebraucht, bis ich das erste Mal so richtig in ein Wespennest steche.

Heute geht es um Feminismus und Social Justice Warrior. Und vor allem, was mich an besagten Gruppen stört.

Die Grundidee von feministischen Bewegungen war ja eine Gleichberechtigung von Frauen, diese ist auch in keinster Art zu kritisieren, sondern zu unterstützen. Demonstrationen für die Inkraftsetzung der Rechte weiblicher Menschen sind gut und richtig.

Der heutige Feminismus ist aber geprägt von sogenannten TERFs und SWERFs. Das sind radikale Feministinnen, die Transfrauen und Sexarbeiterinnen ausgrenzen, ach und auch Transmänner, aber das ist eine noch verrücktere Geschichte.

Ja, das sind Frauen, die sich etwas darauf einbilden, Frauen zu sein, nein, sie bilden sich nicht nur etwas darauf ein, Frauen zu sein, sondern sie grenzen biologische Nicht-Frauen aus. Und Frauen, die sich schminken oder rasieren, Heels tragen, in der Erotikindustrie arbeiten oder sich eben als Männer fühlen und deswegen Transmänner sind.

Transfrauen und Männer generell werden dabei selbstverständlich ausgegrenzt, da Feminismus laut diesen Extremistinnen nur von Cisfrauen praktiziert werden kann.

Aus dieser Gruppe kommt auch die Idee von „politischer Homosexualität“, bei der Frauen „lesbisch werden“, um gegen Sexismus zu demonstrieren.

Diese Frauen werfen ein sehr negatives Bild auf Feminismus als Ganzes, da man in Mainstreammedien oft nur von solchen Feministinnen hört.

In Deutschland ist es aber zum Glück so, dass dieser Männer- und bedingte Frauenhass, abgesehen von ein paar Verrückten, noch kaum Anklang gefunden hat.

Stattdessen findet man hierzulande hauptsächlich grundfeministische Parteien und Vereine, zum Beispiel Die LINKE, die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten oder die linksjugend [’solid].

Diese setzen sich für eine Gleichberechtigung und gegen Ausgrenzung und Hass ein.

TERFs und SWERFs hingegen sollte man aufgrund ihrer Hassrede für eine bessere Gesellschaft bekämpfen.

Herzlichen Dank.

von **Christian E. Häußler**

Was haben wir aus tausenden Jahren Politik gelernt?

Politik ist ein Thema, das die Menschheit schon seit tausenden von Jahren beschäftigt. Und trotzdem scheint sich irgendwie nichts verändert zu haben. In diesem Artikel sehen wir uns etwas genauer an, welche Erkenntnisse man doch aus diesen vielen verschiedenen politischen Systemen an vielen verschiedenen Orten zu vielen verschiedenen Zeiten ziehen kann.

Die erste Parallele, die einem auffällt, ist, dass Monarchien und direkte Oligarchien selten funktionieren und wenn sie es tun, unter ihr viele Menschen leiden. Als Beispiele wären dabei das alte Ägypten und das Deutschland des fünfzehnten Jahrhunderts zu nennen.

Die zweite Parallele, die einem auffällt, ist, dass indirekte Oligarchien, auch Scheindemokratien, sehr gut geeignet sind, um der Bevölkerung eine Demokratie vorzutäuschen. Als Beispiel wäre dabei das heutige Deutschland zu nennen.

Die dritte Parallele, die einem auffällt, ist, dass echte Demokratien sehr schnell in einem Machtverlust der Oligarchinnen, Oligarchen, Monarchinnen bzw. Monarchen resultieren, weshalb viele Menschen in Machtpositionen sehr antidemokratische Haltungen vertreten. Als Beispiel für Ersteres wäre dabei (Kyrrillische

Buchstaben werden in der Gesamtausgabe noch nicht unterstützt) (Michail Sergejewitsch Gorbatschow). Beispiele für Letzteres hingegen findet man bei Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern auf der ganzen Welt dauerhaft.

Dies sind alles Aussagen zur Staatsform. Zu bestimmten Ideologien lässt sich in diesen Tagen noch nichts sagen, da nur wenige in scheindemokratischen oder wirklich demokratischen Ländern getestet wurden, da Politik in der Vergangenheit autoritär und demokratiefeindlich betrieben wurde.

Man kann also konkludieren, dass man, wenn man keine Moral besitzt, am besten der Bevölkerung eine Demokratie, die in Wahrheit eine Oligarchie ist, vortäuscht, da dies unabhängig von der Politik Aufständen vorbeugt, aber gleichzeitig eine Erhaltung der Macht verspricht.

von **Christian E. Häußler**

Der gefährlichste Politiker Deutschlands

Als politischer Mensch stellt man sich ja manchmal die Frage, welche Politikerin oder welcher Politiker eigentlich am gefährlichsten bzw. schädlichsten für die Menschen in Deutschland ist.

Nun, welcher Politiker hat denn eine hohe Machtposition in der deutschen Politik, äußert sich häufig rassistisch und will die Rechte des Menschen einschränken?

Fangen wir einmal bei der AfD an. Rassismus? Auf jeden Fall! Aber bei der Macht hört es auch schon wieder auf, da die AfD überall in der Opposition ist.

Genau das selbe „Problem“ haben wir bei obskuren Kleinparteien wie der NPD, diese haben weder parlamentarische noch signifikante außerparlamentarische Macht.

Doch da erscheint sie! Unter den Nazifreunden der WerteUnion! Die CSU. Und an wen denkt man zuerst bei dieser Partei? Der Teufel höchst persönlich: Horst Lorenz Seehofer.

Seehofer äußert sich häufig „immigrationskritisch“, oder besser gesagt rassistisch, und grund- und menschenrechtseinschränkend. Und er ist trotzdem Bundesminister des Innern und Ehrenvorsitzender der sogenannten Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Man kann also konkludieren, dass Horst Seehofer der gefährlichste Politiker Deutschlands ist, da er sich häufig rassistisch und gegen die Rechte des Menschen ausspricht und trotzdem, oder vielleicht genau deswegen, in hohen Machtpositionen ist.

von **Christian E. Häußler**

Wenn Rezos CDU-Zerstörung überall gezeigt wird, haben wir ein Problem

Wir sind zu unpolitisch.

Rezos Video „Die Zerstörung der CDU.“ löste viele politische Diskussionen in ganz Deutschland aus.

Aber wie kann ein Video irgendeines Webvideoproduzenten, wenn auch gut gemacht, all das bewirken?

Die Antwort ist einfach: Wir sind zu unpolitisch.

Wenn wir ein simples Video, das uns das Scheitern der CDU aufzeigt, brauchen, um politische Diskussionen zu führen, sind wir zu unpolitisch.

Wenn die zweitschlimmste Partei Deutschlands noch einem einzelnen YouTube-Video erschüttert ist, sind wir zu unpolitisch.

Wenn wir bei vielen Skandalen, zum Beispiel der Urheberrechtsrichtlinie oder dem fehlenden Klimaschutz, erst spät aktiv werden, sind wir zu unpolitisch.

von **Christian E. Häußler**

Klimaschutz ist konservativ, aber das ist egal.

Im Zuge der Fridays For Future-Demonstrationen meinten auch einige Personen des öffentlichen Lebens, darunter auch Politiker linker Parteien, dass die sogenannten Christdemokraten doch das Klima schützen müssten, da Klimaschutz konservativ sei. Meine These ist allerdings eine ganz andere: Klimaschutz ist konservativ, aber das ist der CDU egal.

Aber wieso wird diese These überhaupt aufgestellt?

Das Selbstverständnis eines Konservativen lässt sich sehr gut mit dem Zitat „Konservativ zu sein heißt, die Flamme zu bewahren, und nicht, die Asche zu behüten.“ beschreiben. Konservativ sein heißt, zu versuchen, einen gewissen Zustand, der wirtschaftliche Reichtum Deutschlands beispielsweise, zu erhalten, die Mittel sind dabei, alte, ausgediente Mittel werden durch neue ersetzt.

Demnach sollten Konservative die Asche der Kohlekraft doch durch neues Sonnenfeuer ersetzen.

Aber das Problem liegt bei der Zielgruppe der CDU/CSU.

Die Zielgruppe solch konservativer Parteien ist eben größtenteils die klassische, deutsche Familie mit einem sich im ständig steigenden Rentenalter befindenden Vater, eine typische Hausfrau und eins oder mehrere Kinder.

Die Kinder haben Konservative schon in den letzten Jahren aus den Augen gelassen, aber die Eltern dieser sollen nicht mit unnötigem Klimaschutz belästigt

werden, wenn sie die Folgen eines fehlenden sowieso kaum noch miterleben.

Stattdessen zerstört man lieber die Zukunft ihrer Kinder, die sowieso schon sinnvollere Parteien wählen und behält dafür die Letztwähler, wie man auch am Durchschnittsalter der Mitglieder der CDU und CSU sieht, welches bei 60 Jahren liegt.

Man kann also konkludieren, dass die CDU, wie die CSU, vor allem Klientelpolitik für ältere Menschen machen und dabei auch ihre konservative Einstellung über Bord werfen.

von **Christian E. Häußler**

Die Grünen – auch nur mittelmäßig

Unter jungen Menschen wird die Partei Bündnis 90/Die Grünen aktuell zur neuen Volkspartei. In diesem Artikel möchte ich diese Entwicklungen einmal kritisch analysieren und erklären, warum ich sie nicht wählen werde und sie aktuell generell nicht für eine gute Partei halte.

Der Erfolg der Grünen ist angesichts des aktuellen Klimabewusstseins junger Menschen eigentlich wenig verwunderlich. Jugendliche und junge Erwachsene, die sonst relativ unpolitisch sind, aber den Ernst des menschengemachten Klimawandels erkannt haben, werden wohl am ehesten die Grünen wählen, da diese Partei sich geradezu darauf spezialisiert, Antworten auf die Klimaprobleme zu präsentieren.

Und ja, diese Partei wurde ursprünglich auch von einem Haufen kiffender Öko-Hippies gegründet, mittlerweile ist sie aber leider genau das Gegenteil. Grün Wählende liegen beim Einkommen direkt hinter der FDP und das Klimabewusstsein wurde mittlerweile für eine Menge Doppelmoral über Bord geworfen.

Dies erkennt man zum Beispiel daran, dass grüne Wählerinnen und Wähler durchschnittlich am meisten fliegen, „Billigflüge“ aber verurteilen, was im Endeffekt heißt: Fliegen sollte ein Privileg für reiche Menschen sein.

Zudem stellen sich einige Grünenpolitiker gegen ein Verbot von Inlandsflügen, auch wenn manche es fordern.

Dazu kommen noch einige weitere kritische Aussagen Grüner, wie zum Beispiel Habecks Forderung nach einer Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols, auch gegen die Rechte des Menschen.

Man kann also konkludieren, dass die Grünen trotz ihrer guten Ansätzen für die meisten von uns wohl nicht die beste Wahlentscheidung darstellen werden.

von **Christian E. Häußler**

Deutschland und die EU liefern den Brandbeschleuniger

Seit Tagen brennt Brasilien mal wieder. Aber diesmal ist die Europäische Kommission daran schuld, denn erst vor zwei Monaten stimmte sie dem Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (darunter Brasilien) zu.

Über dieses Thema könnte man Bücher schreiben, sicherlich tut es in diesem Moment auch schon irgendein schlauer Mensch.

Allerdings lässt sich all das relativ leicht zusammenfassen: 1991 schlossen die meisten südamerikanischen Staaten ein Handelsbündnis namens Mercosur. Die EU wünscht sich jetzt schon seit über 15 Jahren ein Freihandelsabkommen mit diesen Ländern. Nun regiert in Brasilien aktuell ein Rechtspopulist namens Bolsonaro, der Wirtschaft über Umwelt und Menschenrechte stellt.

Diese Kombination von Umständen kann natürlich nur zu einer schnellen Einigung zwischen beiden Parteien führen. Zu einer schnellen Einigung, die Wirtschaft über Umwelt und Menschenrechte stellt.

Denn welche Auswirkungen hat dieses Freihandelsabkommen?

In Deutschland verbotene, gefährliche Pestizide werden in Brasilien eingesetzt, um Agrarprodukte für Deutschland zu produzieren.

Durch niedrige Löhne, Menschenrechtsverletzungen und nun fehlende Zölle können brasilianische Landwirte deutsche preislich untergraben.

Um Platz für mehr Felder zu schaffen, zünden brasilianische Landwirte den Amazonas an und zerstören dadurch nicht nur ihre lokale Umwelt, sondern auch die globale Sauerstoffzufuhr. Diese Idioten haben alles niedergebrannt, weil Brasiliens Agrarmafia das so will und weil Europa die Absatzmärkte für ihre Produkte noch weiter öffnen will. Oder besser gesagt: In Brasilien brennt der Amazonas-Regenwald und Deutschland und die EU liefern den Brandbeschleuniger.

Aber wieso opfert die Bundesregierung die Landwirtschaft? Die Antwort ist uns schon so bekannt, wie sie uns doch immer wieder auf's neue erschüttert, schockiert und frustriert. Die deutsche Automobilindustrie.

Tatsächlich geschieht all das mal wieder, um einen neuen Absatzmarkt für deutsche Autos zu schaffen.

Es zeigte sich mal wieder, wie in einer von Klimawandel und Artenverlust geprägten Zeit immer noch die europäische Autoindustrie ihre Exportinteressen ignorant durchsetzen kann.

von **Christian E. Häußler**

Die Zukunft kommt von Linksaußen

Am Mindestlohn konnten wir es schon sehen und mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen und der Mindestlohnerhöhung werden wir es erneut beobachten können, die Zukunft der Politik kommt von Linksaußen.

Seit nun über zwanzig Jahren fordert Die LINKE, damals noch die PDS, den gesetzlichen Mindestlohn, damals war jede andere Partei dagegen. Bereits 2007 waren fast alle Parteien dafür, 2013 schrieben Union und SPD den Mindestlohn in ihren Koalitionsvertrag und 2014 wurde das entsprechende Gesetz beschlossen, das Anfang 2015 in Kraft trat.

Ähnliches lässt sich aktuell beim Bedingungslosen Grundeinkommen beobachten. Auch wenn alle großen Parteien diesem Konzept kritisch gegenüberstehen, tun sie es aus völlig verschiedenen Gründen. Nur CDU, FDP und AfD sind wirklich dagegen. Grüne, SPD und LINKE kritisieren mehr den konkreten Entwurf, als die Idee. Sie haben ein Problem damit, dass dieser Entwurf Arbeitgeber dazu animieren könnte, Löhne zu senken, und der Staat dabei bezahlt.

Und genau das ist es auch, was gerade mit der Erhöhung des Mindestlohnes auf zwölf Euro pro Arbeitsstunde passiert. Die LINKE forderte schon 2014 einen Mindestlohn von zehn Euro, weshalb sie sich der Abstimmung auch enthielten, während Grüne und SPD noch acht Euro und fünfzig Cent forderten. Mittlerweile sind sich alle drei mit zwölf Euro einig.

Man kann also konkludieren, dass die Ideen der Zukunft bei der PDS, bzw. heute Der LINKEN, entstehen, dann mit der Zeit von Grünen und SPD aufgenommen und am Ende, häufig mit Hilfe der CDU, umgesetzt werden.

von **Christian E. Häußler**

Eine Analyse der Auswirkungen einer Cannabislegalisierung

Dieser Text wurde ursprünglich im Oktober 2018 am Gymnasium Pegnitz verfasst, im November 2018 leicht verändert auf chrissx.ga veröffentlicht und nun für die ZERM erneut leicht überarbeitet.

Aufgrund der Legalisierungen in diversen Teilen der USA und vor Kurzem auch in Canada stellt sich nun immer mehr die Frage, ob Cannabis nun auch in Deutschland erlaubt werden sollte, im Folgenden werden potentielle Vor- und Nachteile abgewogen.

Ein großes Argument gegen eine Legalisierung sind natürlich die gesundheitlichen Folgen. Wenn mehr Menschen Cannabis konsumieren, werden sicherlich mehr Menschen abhängig. Des Weiteren kann Cannabis bei langjährigem Konsum auch zu Psychosen, Halluzinationen, Paranoia und Ähnlichem führen. Die Legalität könnte natürlich auch viele Jugendliche zum Konsum verleiten, unter anderem

auch, weil die Legalisierung von Vielen als ein „Signal“ („Was setzen wir da für ein Signal?“ – Melanie Huml, bayerische Drogenbeauftragte) gesehen werden könnte.

Dabei stellt sich dann allerdings die Frage, wieso dies bei den heute in Deutschland legalen psychoaktiven Substanzen, vor allem Alkohol und Tabak, in Ordnung ist, da Cannabis im Gegensatz zu Alkohol nicht körperlich abhängig macht, bei nicht gerauchtem Konsum kaum körperliche Schäden verursacht und wegen des eher entspannenden Effektes kaum Fremdschädigung verursacht. Die LSD-ähnlichen Halluzinationen sind bei einer normalen Konsummenge von wenigen Gramm Tetrahydrocannabinol (kurz THC) auch nicht zu erwarten.

Zu den Vorteilen der Legalisierung zählt natürlich, dass damit Süchtigen viel besser geholfen werden kann, weil sie kein verunreinigtes, sondern reines Cannabis bekommen und damit ihren Konsum langsam herunterdosieren können.

Durch die Legalisierung wird auch der Jugendschutz gestärkt, da in Fachgeschäften natürlich eine strikte Ausweiskontrolle geschieht, während Schwarzmarkthändlern das Alter egal ist.

Außerdem würden dann auch nicht mehr Cannabiskonsumenten, die niemandem geschadet haben, wegen sehr geringen Mengen zu hohen Geldstrafen verurteilt werden, was auch für viele Menschen ein Grund wäre, von den gefährlicheren, heute legalen, Substanzen, beispielsweise Alkohol, auf Cannabis zu wechseln, was sicherlich viele aggressive Betrunkene verhindern würde.

Vor allem aber würde man mit einer Legalisierung einen großen Teil des Schwarzmarktes loswerden, da dieser dann nur noch an einen kleinen Teil der Jugendlichen verkaufen könnte.

Insgesamt hätte eine Legalisierung weiterer psychoaktiver Substanzen also einige positive Folgen für die Gesellschaft. Weitere Diskussionen zu Details sind aber definitiv nötig.

von **Christian E. Häußler**

Die Klarnamenpflicht

Dieser Text wurde ursprünglich im November 2019 am Gymnasium Pegnitz verfasst, in selbigem leicht verändert auf chrissx.ga veröffentlicht und nun für die ZERM erneut leicht überarbeitet.

Im Zuge einer erneuten Welle von Hasskommentaren fordert Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble mal wieder einen Klarnamenzwang im Internet. Auch die ehemalige österreichische Regierung von ÖVP und FPÖ und der Spitzenkandidat der EVP für die Europawahl, Manfred Weber von der CSU, begannen diese längst geklärte Debatte um ein „digitales Vermummungsverbot“ bzw. eine Klarnamenpflicht im Internet erneut. Im Folgenden sollen die wesentlichen Punkte für und gegen eine solche Regelung dargelegt und erörtert werden.

Das erste logische und hauptsächliche Argument für einen Klarnamenzwang ist wohl die Unterbindung krimineller Aktivitäten. Wenn man von anonymen Personen im Internet beleidigt wird, kann man in der Regel nicht viel dagegen tun, kennt man hingegen deren echten Namen, kann man die Äußerungen bei der Polizei zur Anzeige bringen. Ob man sich das Kilogramm Diacetylmorphin mit Klarnamen oder doch anonym bestellt, macht einen großen Unterschied: Einmal muss man auf Inkompetenz seitens der Deutschen Post hoffen, das andere Mal hat man gleich die Polizei vor seiner Haustür. Wer mit Beleidigungen und Verleumdungen um sich wirft, wird das wohl nicht mit seinem Klarnamen machen, aus Angst, nicht nur vor rechtlichen Konsequenzen, sondern auch vor den angemessenen Reaktionen der Gesellschaft. Berufliche Chancen und sozialer Status sind den meisten Menschen doch wichtiger als im Internet inhaltslose Hetze zu verbreiten.

Zu den Befürchtungen wegen fehlender Privatsphäre lässt sich nur sagen: Nur Dinge im Internet tun, die gesetzeskonform sind, wir haben ja nichts zu verbergen. Wer sich gesetzestreu verhält, muss sich auch nicht vor staatlicher Überwachung fürchten, denn sie dient schließlich zur Bekämpfung von Hass, Hetze und Terrorismus. Dass Personalausweisdaten dabei bei amerikanischen Großkonzernen gespeichert werden, ist kein Problem, da sie natürlich versprechen, sie nicht zu missbrauchen. Big brother is watching you, aber alles ist gut, er will nur das Beste für Dich.

Von vielen persönlichen Informationen, beispielsweise Krankheiten oder sexuellen Vorlieben, möchte man mitunter aber gar nicht, dass sie mit Klarnamen öffentlich sind. Viele Menschen reden anonym, aber öffentlich über diese Themen, wären aber nie bereit, dies unter Klarnamen zu tun, aus Angst vor der Reaktionen ihres sozialen Umfelds. Ein Klarnamenzwang würde nicht nur bössartigen Hetzern schaden, sondern auch anderweitig besonderen Menschen drohen schlechte berufliche Chancen, Probleme mit der Familie und Ausgrenzung aus dem sozialen Umfeld. Das würde für ein Klima sorgen, in dem freie Meinungsäußerung und Informationsbeschaffung im Internet stark eingeschränkt und manche Themen tabuisiert werden.

Außerdem müsste man, um überhaupt irgendeinen positiven Effekt zu erzielen, die Einhaltung vollständig und strikt kontrollieren, da sich Hetzer mit gelöschten Accounts sonst trotzdem direkt neue erstellen könnten, mit denen sie dann weitermachen können. Diese Überprüfung würde schnell zu einer massiven, bürokratischen Überlastung führen. Und selbst wenn diese riesige Belastung gestemmt werden kann, wird es immer noch relativ einfache Möglichkeiten geben, das ganze System zu umgehen. Wer schlau genug ist, seinen Hass nur über Tor abzulassen, ist auch schlau genug, seinen Hass nur mit anderer Leute Pass abzulassen.

Es sollte an diesem Punkt wohl offensichtlich sein, dass eine Klarnamenpflicht im Internet mit der Vernunft und auch uns nicht vereinbar ist, da sie nicht richtig kontrollierbar, recht wirkungslos und ein weiterer viel zu tiefer Einschnitt in die Rechte und Freiheiten des Menschen ist.

Die großen Parteien vieler Länder planen eine Klarnamenpflicht. Wo sie kommt, liegt nun an den Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger. In Deutschland wird es sie wahrscheinlich erst nach Scheuers Maut geben, oder nach der Machtergreifung der AfD.

von **Christian E. Häußler**

Dieses Jahrzehnt wird entscheidend

Heute hielt ich auf dem permtv-Kanal eine Rede über die Kritikalität des nächsten Jahrzehnts, hier finden Sie noch die Textfassung der Rede.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe ZERM-Lesende,

Das Jahr 2019 geht zu Ende und mit ihm gleich ein ganzes Jahrzehnt. Ja, die 10er Jahre sind vorbei und die 20er werden das wohl schicksalsentscheidendste Jahrzehnt, das diese Republik je gesehen hat.

Wodurch zeichnet sich das Jahrzehnt, das sich von 1910 bis 1919 erstreckte für Deutschland aus? Ein verlorener Weltkrieg und die Gründung der faschistischen Partei, die dieses Land ins Verderben stürzten sollte.

Einen Weltkrieg verloren haben wir nicht, danke EU, aber für manche fühlte sich die „Flüchtlingskrise“ wohl wie einer an. Und die NSDAP mit neuer Farbe haben wir jetzt auch.

Wodurch zeichnet sich aber das Jahrzehnt, das sich von 1920 bis 1929 erstreckte für Deutschland aus? Eine generelle Entspannung der Lage und am Ende eine Wirtschaftskrise, die den Grundstein für das nachfolgende Jahrzehnt legen sollte.

Ob sich die Lage an diesem Punkt nochmal kurzfristig entspannen kann, lässt sich so leicht nicht sagen, aber manche Ökonomen sehen einen weiteren Finanzcrash in den nächsten Jahren vorher.

So oder so – diese Jahre sind für dieses Land richtungsweisend. Es geht um alles. Wird Höcke unser neuer Führer? Wie viele Menschen werden diesmal sterben? Wie lange wird's eigentlich dauern, bis die mich wegsperren? Oder wachen wir doch noch auf?

von **Christian E. Häußler**